

KONFLIKTE VERMEIDEN

Ein Gastbeitrag zur Ressourcensicherung
STORMY-ANNIKA MILDNER, GITTA LAUSTER

© ENERGLOBE.DE, Denny Rosenthal

Die Versorgung mit Rohstoffen ist für viele politische Beobachter das Sicherheitsrisiko des 21. Jahrhunderts schlechthin. Das zeigen nicht zuletzt die jüngsten Hungerunruhen und der daraus resultierende Umsturz in Tunesien, Chinas Handelsembargo für Seltene Erden und der Kampf um die Ölinfrastruktur in Libyen.

Als Gastgeber der diesjährigen G8- und G20-Gipfel hat Frankreich Rohstoffsicherung weit oben auf der Agenda platziert. Anfang Februar hat die EU eine neue Ressourcenstrategie vorgelegt; die Bundesregierung hat ihre Strategie zur Rohstoffsicherung bereits im Oktober 2010 veröffentlicht. Unbestritten birgt Ressourcenknappheit erhebliche Konfliktrisiken. Das „Konfliktbarometer 2010“ des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung (HIIK) zeigt: Rohstoffe waren mit 80 von 363 Konflikten im Jahr 2010 der zweithäufigste Grund für Auseinandersetzungen, hinter Konflikten um Systeme oder Ideologien (117 Fälle) und vor Konflikten um nationale Macht (75 Fälle). Konkurrenz um knappe Ressourcen muss jedoch nicht in jedem Fall in einen Konflikt münden, wie eine jüngst von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin herausgegebene Studie anhand verschiedener Rohstoffe dokumentiert. Politik und Industrie stehen zahlreiche kooperationsfördernde Instrumente zur Verfügung, um internationale Konflikte zu vermeiden. Ob ungleiche Ressourcenverteilung zu einem Konflikt eskaliert, hängt vom jeweiligen Kontext ab: Wer hat Zugang zu den Rohstoffen? Wie werden Abhängigkeiten wahrgenommen? Und wie steht es um institutionelle Kapazitäten und den Kooperationswillen der betroffenen Länder?

Konkurrenz ums blaue Gold

Dies zeigt sich besonders am Rohstoff Wasser. Das blaue Gold wird zunehmend knapp. Nur 2,5 Prozent der weltweiten Wasserressourcen sind Süßwasser und davon nur 0,3 Prozent in Seen und Flüssen relativ leicht zugänglich und kurzfristig erneuerbar. Das unterstreicht Marianne Beisheim, SWP-Expertin für Wasser und Governance. Bislang überwiegt nach ihrer Analyse die friedliche Kooperation, wie auch die Daten der „Transboundary Freshwater Dispute Database“ zeigen. Die oft zitierte These vom Krieg um Wasser lässt sich also nicht bestätigen, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Das könnte sich jedoch ändern: Bevölkerungswachstum und Urbanisierung sorgen dafür, dass die Wassernutzung weiter steigen wird. Die OECD schätzt, dass bis 2030 die Zahl der Menschen, die in von hohem Wasserstress betroffenen Regionen leben, um eine weitere Milliarde auf über 3,9 Milliarden steigen wird – das beträfe fast die Hälfte der Weltbevölkerung und 80 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern.

Ein besonders Konfliktrisiko bergen internationale Wasserläufe. Häufig entzündeten sich Konflikte an Staudammprojekten zwischen den Staaten am oberen und unteren Flusslauf und an Fragen der Wassernutzung, wie im Falle der zentralasiatischen Flüsse Amudarja und Syrdarja. Die Oberanlieger Kirgistan und Tadschikistan brauchen das Wasser für die Energieerzeugung, gerade im Winter. Im Sommer stauen sie daher das Wasser, das den Unteranliegern Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan dann zur Bewässerung ihrer Felder fehlt. Im Winter lassen sie das Wasser ab, um Strom zu erzeugen, was wiederholt zu Überschwemmungen gerade am Syrdarja führt. Anders als beispielsweise am Nil, wo das Konfliktrisiko erheblich durch die Nile Basin Initiative (NBI) reduziert werden konnte, ist es den Anrainerstaaten des Amudarja und Syrdarja bislang nicht gelungen, sich auf gemeinsame Nutzungsregelungen zu einigen.

Von Hunger zum Konflikt

Dass Nahrungsmittelknappheit mit erheblichen Konfliktrisiken einhergehen kann, haben die Hungerunruhen in Haiti und jüngst in Algerien und Tunesien eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Im globalen Maßstab liegt zwar keine Nahrungsmittelknappheit vor. Allerdings warnt die SWP-Agrarexpertin Bettina Rudloff, dass sich die Nahrungsmittelpreise in Zukunft voraussichtlich auf höherem Niveau bewegen werden, dabei stärker schwanken und häufiger regionale und temporäre Knappheit auslösen. Ursächlich ist auch hier das Bevölkerungswachstum, gekoppelt mit sich wandelnden Konsumpräferenzen. Die global zur Verfügung stehende Landfläche ist begrenzt, und große Produktionssteigerungen durch Forschung sind nicht zu erwarten. Zusätzlich verschärft sich die Verdrängungskonkurrenz zugunsten des Anbaus von Biokraftstoffen – sie wird vor allem in OECD-Ländern politisch gefördert. Schließlich wurden in den vergangenen Jahren staatliche Produktionsförderung und Überschüsse abgebaut. „Kommt es im Kontext sinkender Überschüsse zu unerwarteten Großwetterereignissen wie Dürren oder auch Überschwemmungen, fehlen schnell mobilisierbare Mengen an Nahrungsmitteln. Dann reagieren die Märkte wie schon 2008 mit hohen Preisausschlägen“, erklärt Rudloff.

Zudem können schnell innerstaatliche Konflikte eskalieren. Besonders hoch ist das Risiko in armen Ländern, die auf Importe angewiesen sind und denen es an sozialen Abfederungssystemen fehlt, wie eben im Falle Algeriens und Tunesiens.

Wettlauf um Land

Im Unterschied zu Hungerunruhen ist ein Konfliktrisiko bislang nur unzureichend beleuchtet worden: „Landgrab“ (wörtlich: „Griff nach Land“). Mit diesem Ausdruck umschreiben Wissenschaftler ausländische Direktinvestitionen in Landfläche (Land-ADI). Ein Beispiel ist Madagaskar, wo 2009 Proteste gegen Auslandsinvestitionen in Agrarfläche zum Sturz des Präsidenten führten. Der größte ausländische Investor in Landfläche weltweit ist China. Motiv: die Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit. Das Land beheimatet 20 Prozent der Weltbevölkerung, für die jedoch nur 12 Prozent der weltweit kulturfähigen Landfläche zur Versorgung zur Verfügung stehen.

Die Europäische Union (EU) ist inzwischen nach China zweitgrößter Investor in ausländische Landfläche, insbesondere weil sie Pflanzen für die Biokraftstoffproduktion anbauen will. Diese Land-ADI sind nicht per se schlecht. Ganz im Gegenteil können sie in den Entwicklungsländern für Investitionen in ihren oftmals unterkapitalisierten Agrarsektor sorgen. Problematisch ist allerdings, dass in den meisten dieser Länder der Eigentumsschutz der Landwirte wenig entwickelt ist. Dadurch besteht ein gravierendes Risiko, dass heimische Bauern verdrängt werden und ihre Lebensgrundlage verlieren; steigende Armut, Einkommensgefälle und eben auch ein wachsendes Konfliktrisiko können die Folge sein.

Begehrte Metalle

Ein weiterer Faktor lässt das Konfliktrisiko sprunghaft ansteigen: die hohe Konzentration von Rohstoffen. Dies gilt – zumindest heute noch – für kaum einen anderen Rohstoff so sehr wie für die Seltenen Erden. China verfügt mit einem Anteil von 95 Prozent an der globalen Förderung nahezu über eine Monopolstellung. Wegen ihrer Eigenschaften sind Seltene Erden unentbehrlich für die Herstellung von Starkmagneten, Batterien, Lasergeräten oder auch Katalysatoren. Ersatzmaterialien erzielen, soweit überhaupt vorhanden, nur minderwertige Qualität.

Die chinesische Regierung beteuerte zwar, ihre Marktmacht nicht als Druckmittel einsetzen zu wollen. Ganz glaubwürdig ist dies jedoch nicht, insbesondere nachdem Peking im September 2010 den Export Seltener Erden nach Japan temporär unterband. Der Grund war der seit Jahrzehnten schwelende Territorialstreit um die Senkaku-Inseln. Die Situation spitzte sich zu, nachdem japanische Patrouillenboote in den Inselgewässern mit einem chinesischen Fischkutter kollidierten. China hob sein Exportembargo erst wieder auf, nachdem Japan den inhaftierten Kapitän wieder freigelassen hatte.

China beschränkt nicht nur den Export Seltener Erden mit Zöllen und Quoten, sondern eine ganze Palette von Industrierohstoffen, auf welche Japan, die EU oder auch die USA angewiesen sind. Sicherlich können die Industrieländer mittel- und langfristig ihre Abhängigkeit von China durch Erschließen neuer Vorkommen, durch Recycling und Entwicklung von Substituten, mindern. Allerdings dürften sie noch eine ganze Weile verwundbar gegenüber Chinas Marktinterventionen bleiben. Die EU und die USA haben daher bereits Klage gegen die Exportrestriktionen bei der Welthandelsorganisation (WTO) erhoben. Ein Schiedsspruch steht allerdings noch aus.

Was bleibt zu tun?

Konkurrenz um knappe Ressourcen bedeutet nicht gleich Konflikt. Damit dies auch so bleibt, ist eine umfassende Ressourcenstrategie gefragt, die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Umwelt- und Technologiepolitik miteinander verknüpft. Die deutsche und europäische Rohstoffstrategie bilden sicherlich eine gute Basis. Denn sie mahnen nicht nur eine Verbesserung des nationalen Ressourcenmanagements an, das auf Effizienzsteigerungen, die Weiterentwicklung von Substituten und Recycling setzt. Sie richten den Blick ebenso auf die Förderländer wie auf internationale Institutionen. Allerdings müssen die Strategien nun auch mit

Leben gefüllt werden, denn nur so kann verhindert werden, dass Rohstoffknappheit tatsächlich zum Konfliktrisiko des 21. Jahrhunderts wird.

Zu den Autorinnen:

Stormy-Annika Mildner leitet den Forschungsschwerpunkt „Konkurrenz um knappe Ressourcen“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Die promovierte Ökonomin ist zudem Mitglied der SWP-Institutsleitung.

Die Politikwissenschaftlerin Gitta Lauster ist Assistentin und Doktorantin im Forschungsschwerpunkt „Konkurrenz um knappe Ressourcen“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Weitere Informationen:

Die Studie „Konfliktrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen“, herausgegeben von Stormy-Annika Mildner, ist online verfügbar bei der Stiftung

Wissenschaft und Politik: www.swp-berlin.org

© ENERGLOBE.DE/

Quelle: <http://www.energlobe.de/index.php?id=766> (Abruf am 31.03.2011)

Druckversion: <http://www.energlobe.de/index.php?id=766&type=98>